

# KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

perspektive  jung

2013 arbeitet die KAS mit dem Jahresmotiv „Perspektiven der Jugend“. Damit thematisieren wir auf nationaler wie internationaler Ebene Werte-, Ordnungs- und Zukunftsfragen, die die jüngere Generation betreffen. Die Beiträge in diesem Heft zu Veranstaltungen, die insbesondere diese Zielgruppe angesprochen haben, sind mit dem Logo unseres Jahresmotivs gekennzeichnet.



**EUROPA:**  
EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso warb in Berlin ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament dafür, Europa mit mehr Mut zu verteidigen.



**RECHTSSTAAT:**  
Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen, diskutierte auf der X. Völkerrechtskonferenz der KAS in Bonn die Herausforderungen von Cyber Security.



**DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:**  
Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi forderte auf einer Konferenz der KAS in der Hauptstadt Myanmars mehr politische Führungspositionen für Frauen.

## INHALT

- Seite 2  
Editorial
- Seite 3  
Schwerpunktthema
- Seite 4  
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 6  
Europapolitik
- Seite 8  
Politischer Dialog
- Seite 12  
KAS-Panorama
- Seite 14  
Umwelt, Klima- und Energiepolitik
- Seite 16  
Medien
- Seite 18  
Rechtsstaat
- Seite 20  
Demokratie und Entwicklung
- Seite 22  
Werte- und Religionsdialog
- Seite 23  
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24  
Neuerscheinungen

## DER STAAT MUSS EIN STARKER UND GLAUBWÜRDIGER „SCHIEDSRICHTER“ SEIN

**Fast 25 Jahre nach der Samtenen Revolution stößt die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsmodell erstmals auf ein ernsthaftes Interesse in der tschechischen Politik.**

Das Land bewegte sich bislang in der Wirtschaftspolitik zwischen den beiden Extremen der Zentralverwaltungswirtschaft während der kommunistischen Herrschaft und einem seit der Wende implementierten liberalistischen Marktwirtschaftssystem, das auf die alleinige Regelungsfähigkeit des Marktes vertraut. Die negativen Folgen sind weithin sichtbar.

In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete daher die Europäische Demokratische Akademie, ein Bildungsinstitut der Christlich-Demokratischen Partei in Tschechien (KDU-ČSL), am 16. Oktober in Prag eine Konferenz zum Thema „Christdemokratisches Wirtschaftsmodell“, bei der vor allem die Soziale Marktwirtschaft im Fokus stand. Hauptredner war Prof. Dr. Georg Milbradt, ehemaliger sächsischer Ministerpräsident. Bei den Teilnehmern

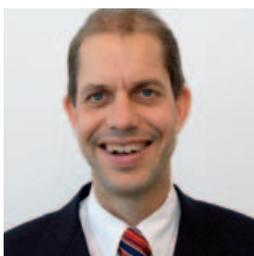


stieß vor allem die Idee des Ordoliberalismus, einer Kombination aus „Ordnung“ und „Liberalismus“, auf besonderes Interesse.

Die Hauptbotschaft der Konferenz lautete, dass der Staat als glaubwürdiger Schiedsrichter agieren soll, indem er die Rahmenbedingungen richtig setzt und nicht als Spieler durch ständige Interventionen auf dem Spielfeld agiert. Dafür benötige man einen funktionierenden Rechtsstaat und eine effektive Verwaltung. Diesbezüglich steht Tschechien vor vielen Herausforderungen und schwerwiegenden Entscheidungen.

*Der ehemalige sächsische Ministerpräsident, Prof. Dr. Georg Milbradt, erklärt die Prinzipien des Ordoliberalismus.*

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,



wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie gehören zusammen. Einerseits können fehlende wirtschaftliche Perspektiven die Stabilität demokratischer Strukturen gefährden. Andererseits stellen unsichere politische Verhältnisse sowie ein Mangel an Rechtsstaatlichkeit entscheidende Hemmnisse für stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Investitionen und wirtschaftliches Wachstum dar.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) trägt mit verschiedenen entwicklungspolitischen Instrumenten dazu bei, dass mehr nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann. Damit die Entwicklungszusammenarbeit von der Expertise der deutschen Wirtschaft stärker profitieren kann, wurde unter der schwarz-gelben Bunderegierung die Kooperation mit dem Privatsektor intensiviert. Neben zahlreichen Strukturreformen, etwa der Zusammenführung verschiedener staatlicher Durchführungsorganisationen sowie der verstärkten Unterstützung der Politischen Stiftungen, wurde die Einbindung der Wirtschaft deutlich gesteigert mit dem Ziel des effizienteren Einsatzes von entwicklungspolitischen Instrumenten, Wissen und finanziellen Ressourcen.

Die verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist auch deshalb für unsere Partner interessant, weil Deutschland in wirtschaftlichen Fragen Sachverstand und erfolgreiche Modelle in die internationale Entwicklungszusammenarbeit einbringen kann. Dieses Wissen trägt dazu bei, Impulse für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum in den Partnerländern zu setzen. Dass damit auch positive Resultate für die deutsche Wirtschaft einhergehen, schwächt den Erfolg des Ansatzes keineswegs ab. Nicht zuletzt im Hinblick auf deutsche Rohstoffinteressen und die Durchsetzung global anerkannter Umwelt- und Sozialstandards ist die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor im Interesse der deutschen Außenwirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der aktuell stattfindenden Koalitionsverhandlungen stellt sich die Frage, welchen Kurs das BMZ in Zukunft einschlagen wird. Fest steht: Wenn unternehmerisches Engagement in unseren Partnerländern auf klug durch den Staat gesetzte soziale und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen trifft, ist und bleibt dies ein erfolgreicher Motor für wirtschaftliche Entwicklung und demokratische Teilhabe.

Durch ihr weltweites Engagement unterstützt die KAS die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf vielen Ebenen. So trägt die Vermittlung der grundlegenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft dazu bei, dass unser historisch erprobtes Wirtschaftssystem zunehmend in den Fokus politischer Entscheidungsträger in den Partnerländern gerät. Unsere Projekte bringen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, damit unter anderem das Problem hoher Jugendarbeitslosigkeit in der politischen Debatte der Partnerländer adäquat adressiert wird und gemeinsam Lösungen entwickelt werden. Einige Projekte werden auf den folgenden Seiten vorgestellt. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Berlin, im Dezember 2013

*Gerhard Wahlers*

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



### IMPRESSUM

#### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Europäische und  
Internationale Zusammenarbeit  
Klingelhöferstraße 23  
D-10907 Berlin

#### Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

#### Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich  
(Gesamtkoordination)  
■ Silke David

- Matthias Bauer  
(Wirtschafts-  
und Sozialordnung)
- Dr. Céline-Agathe Caro  
(Europapolitik)
- Dr. Stefan Friedrich  
(Werte und Religionsdialog)
- Sebastian Barnet Fuchs  
(Demokratie und Entwicklung)
- Peter Girke  
(Rechtsstaat)
- Dr. Christian Hübner  
(Umwelt-, Klima- und  
Energiepolitik)
- Dr. Patrick Keller  
(Politischer Dialog)
- Martina Kaiser  
(Medien)

Kontakt über:  
vorname.nachname@kas.de

#### Gestaltung

SWITSCH  
KommunikationsDesign, Köln

© 2013  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



**Die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren erhöht sowohl die Wirksamkeit als auch die Effizienz der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.**

## VOR DEN WAHLEN IN HONDURAS: ANREGUNGEN ZUR POLITIKGESTALTUNG

Am 10. August kamen in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Funktionsträger und Kandidaten der Nationalen und der Christdemokratischen Partei in Honduras im Rahmen eines intensiven Seminars zu Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen. Gerade im Hinblick auf die Wahlen am 24. November und die zukünftige Politikgestaltung war die Diskussion zu wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten für die Teilnehmer wichtig. Als internationale Referenten konnten Prof. em. Dr. Hans Jürgen Rösner von der Universität Köln und Dr. Lizardo Sosa, KAS-Altstipendiat und ehemaliger Präsident der Zentralbank von Guatemala, gewonnen werden.

## SCHWERPUNKTTHEMA: WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

# SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS OPTION FÜR BOLIVIEN

Anfang Oktober besuchte Ignacio Román-Morales, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Jesuitenuniversität ITESO in Guadalajara/Mexiko, die bolivianischen Städte Santa Cruz und La Paz. Im Rahmen mehrerer Veranstaltungen diskutierte er mit Privatunternehmern und Politikern die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Anwendbarkeit im lateinamerikanischen Kontext.

In den letzten Jahrzehnten wurden von den bolivianischen Regierungen je nach politischer Couleur im Wechsel ultraliberale oder staatsgelenkte Wirtschaftsmodelle propagiert. Jedoch konnten die dringenden Probleme der Armut und Chancengleichheit nicht gelöst werden. Die Soziale Markt-



*Der Wirtschaftsprofessor Ignacio Román Morales erklärt das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft.*

wirtschaft bietet Lösungsansätze, die vor allem bei den bolivianischen Unternehmern auf großes Interesse stießen. Diese betonten ihre Bereitschaft, soziale Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft der bolivianischen Wirtschaft mit den Tarifpartnern mitzugestalten.

# INVEST IN SFAX: KAS UNTERSTÜTZT DAS II. REGIONALE WIRTSCHAFTSFORUM

**Unter dem Titel „Think global – Act local“ fand im Oktober 2013 bereits zum zweiten Mal das regionale Wirtschaftsforum Sfax statt, das neben der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis auch seitens der Europäischen Union sowie der Europäischen Investitionsbank unterstützt wurde.**

*Experten diskutieren über neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Hauptstadt Tunis und angrenzenden Städten.*



Ziel der zweitägigen Expertenkonferenz war es, eine nachhaltige und inklusive Zukunftsstrategie für die tunesische Wirtschaftsmetropole, die angrenzenden Städte im Landesinneren sowie den Süden Tunesiens zu entwickeln. Wettbewerbsfähigkeit und Dezentralisierung lauteten die Schlagworte des Forums, zu denen sich internationale Experten in Fachdiskussionen und Workshops austauschen, Best-Practice-Beispiele diskutieren und diese gleichzeitig auf konkrete Handlungsempfehlungen für Tunesien anwenden konnten. Ein thematischer Schwerpunkt war der Zukunftssektor „Biotechnologien“. „Sfax kann eine entscheidende Rolle mit Blick auf die Dezentralisierung Tunesiens spielen und als Lokomotive für die nationale Wirtschaft dienen“, so der tunesische Finanzminister Elyes Fakhfakh in seiner Eröffnungssprache. Auch die EU-Botschafterin in Tunesien, Laura Baeza, betonte die Bedeutung einer nachhaltigen Dezentralisierung und guten Regierungsführung für die wirtschaftliche Entwicklung des kleinsten Maghrebstaates.

Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der KAS (Bildmitte), hob im internationalen Panel den liberalen Ansatz der Tarifautonomie in Deutschland hervor.



## WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

# SOZIALPARTNERSCHAFT UND INTERESSENSAUSGLEICH IN MAROKKANISCHEN UNTERNEHMEN

Mit den politischen Umbrüchen in der MENA-Region werden auch die Forderungen nach einer funktionierenden Sozialpartnerschaft höher. Die turbulenten Jahre 2011 und 2012 haben zu Konflikten und gegenseitigem Misstrauen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftlern geführt.

Das von der KAS mit AGEF Chamal am 25. und 26. Oktober 2013 zu diesem Thema in Tanger veranstaltete Symposium hat die verschiedenen Akteure des sozialen Verhandlungsprozesses zusammengebracht, um Lösungsmodelle für einen nachhaltigen Sozialpakt in Marokko zu diskutieren. Die Gespräche sollen dazu

beitragen, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen.

Ehrenredner war der marokkanische Minister für Arbeit und Soziales, Abdesslam Seddiki, der neben der Verantwortung des Staates auch die soziale Verantwortung von Unternehmen hervorhob. Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik der KAS, beschrieb das deutsche Modell der Tarifautonomie als ein mögliches „liberales“ Modell zur Streitschlichtung. Von den Teilnehmern wurde der Gedanke einer „Partnerschaft“, in dem jeder Sozialpartner eine verantwortungsvolle Rolle für das Wohl des Unternehmens übernimmt, betont.

## DEZENTRALISIERUNG IN KENIA



Dr. Karsten Dümmel, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kenia

Die Dezentralisierung des Regierungssystems ist das Kernelement der seit 2010 geltenden kenianischen Verfassung. Ein wichtiges Ziel des Dezentralisierungsvorhabens ist es, den ländlichen Raum zu erschließen und diesen stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilhaben zu lassen.

Damit dies gelingen kann, muss jedoch neben der politischen auch die Ebene der Wirtschaftsvertreter eingebunden werden. Im Rahmen eines Workshops mit dem Titel „Die Privatwirtschaft als Garant für eine erfolgreiche Dezentralisierung“ brachte die KAS bereits im August 2013 Vertreter der Kenya Association of Manufacturers, der Kenya National Chamber of Commerce and Industry und der Nakuru Business Association mit den Leitern kleiner und mittlerer Unternehmen und lokalen Politikern an einen Tisch. So wurde eine Brücke zwischen Wirtschaftsverbänden, Unternehmern und Politikern geschlagen, um auf allen Ebenen zum Gelingen des Dezentralisierungsvorhabens im County Nakuru beizutragen.

## XI. MONGOLISCH-DEUTSCHES FORUM IN ULAANBAATAR

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Auslandsbüros der KAS in der Mongolei fand am 17. September in Ulaanbaatar das XI. Mongolisch-Deutsche Forum (MDF) zum Thema „Verantwortung in der Marktwirtschaft“ statt. Das MDF wurde vor 14 Jahren durch den damaligen deutschen Bundespräsidenten Prof. Dr. Roman Herzog gemeinsam mit dem ersten mongolischen Staatspräsidenten Prof. Punsalmaagiin Ochirbat gegründet, um eine Plattform des stetigen Austausches zwischen der Mongolei und der Bundesrepublik Deutschland zu bieten. Abwechselnd findet das Forum in der Mongolei und in Deutschland statt.



Hochrangige Vertreter aus der Politik diskutieren in Ulaanbaatar über soziale Verantwortung und Wirtschaftsdemokratie.

In diesem Jahr waren neben dem ehemaligen Generalsekretär der KAS, Wilhelm Staudacher, Staatspräsident Tsachiagiin Elbegdorj und Außenminister Luvsanvandan Bold anwesend. Prof. Dr. Hans-Rimbert Hemmer (GOPA-Consultants) referierte über Soziale Marktwirtschaft, soziale Verantwortung und Wirtschaftsdemokratie. In seinem Grußwort dankte Präsident Elbegdorj der KAS. Diese sei eine der Stiftungen, die während der Zeiten der Wende die größte Hilfe für die Mongolei geleistet habe. Eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der KAS sei wichtig, um die Demokratie weiter zu festigen.



Prof. Panagiotis Liargovas (Universität der Peloponnes), Eva Rindfleisch, Mariana Pirgoti (Karamanlis-Institut), Theodoros Ambatzoglou, Susanna Vogt (Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Athen) und Raimund Becker (v.l.n.r.)

## CHANCEN DES EUROPÄISCHEN ARBEITSMARKTES

Auf Einladung des Karamanlis-Instituts und der KAS kamen Anfang Oktober 2013 Vertreter aus Politik und Wirtschaft in Athen zusammen, um gemeinsam mit Raimund Becker, Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, und dem Gouverneur der griechischen Arbeitsbehörde OAED, Theodoros Ambatzoglou, über die Herausforderungen und Chancen des europäischen Arbeitsmarktes zu diskutieren. Im Zentrum stand die Frage, inwiefern ein europäischer Arbeitsmarkt mit flexiblen Strukturen und Mobilität der Arbeitskräfte eine mögliche Chance

bietet, um der hohen Arbeitslosigkeit in Europa und in den krisengeschüttelten Ländern im Besonderen zu begegnen. Raimund Becker präsentierte deutsche Erfahrungen mit Arbeitskräftemobilität und -migration. Theodoros Ambatzoglou erläuterte die griechische Perspektive auf den europäischen Arbeitsmarkt und gab Einblicke in den aktuellen Reformprozess der OAED.

Die anschließende, sehr rege geführte Diskussion wurde von Eva Rindfleisch, Koordinatorin für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bei der KAS-Berlin, geleitet.



## JUGENDARBEITSLOSIGKEIT – EINE HERAUSFORDERUNG WELTWEIT

### MEXIKO: 14 MILLIONEN UNTERBESCHÄFTIGT

Janina Grimm-Huber, Projektkoordinatorin der KAS Mexiko und Nicole Stopfer, Trainee der KAS Mexiko, gaben einen europäischen Einblick in die Situation von jungen Arbeitnehmern am Beispiel von Spanien, Deutschland und Griechenland.

Mexiko zählt weltweit zu den Ländern mit den meisten jungen Menschen: 2010 machte diese Bevölkerungsgruppe im Alter zwischen 15 und 29 Jahren ein Viertel der mexikanischen Bevölkerung aus. Das Wirtschaftspotenzial, welches von dieser Gruppe ausgeht, ist unumstritten. Gleichzeitig sind derzeit rund 70 Prozent der Jugendlichen im informellen Sektor als beschäftigt registriert, 14 Millionen sind unterbeschäftigt.

Vor diesem Hintergrund organisierte die KAS-Mexiko in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsverbänden CENPROS und INDISPEM zwei Foren über Jugendarbeitslosigkeit und die Rolle junger Arbeitnehmer. Bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Verringerung der sozialen Ungleichheit für Jugendliche waren dabei zentrale Themen. Ferner wurden die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung entsprechender Möglichkeiten sowie die Entstehung von Jugendbewegungen als Medium des Protests und Ausdruck von fehlendem Vertrauen in politische Entscheidungsträger diskutiert. Mitarbeiter der KAS-Mexiko trugen mit Vorträgen über verschiedene Beispiele aus Europa zu angeregten Diskussionen bei.



Eingigkeit unter den Experten: Jugendarbeitslosigkeit ist eine tickende Zeitbombe für die südafrikanische Gesellschaft.

### SÜDAFRIKA: TICKENDE ZEITBOMBE

Die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen wird zu einer Bedrohung für die politische Stabilität Südafrikas. In einer gemeinsam von KAS, der Wochenzeitung Mail and Guardian und dem südafrikanischen Präsidialamt am 5. November in Johannesburg durchgeführten öffentlichen Veranstaltung betonten Vertreter von Regierung, Unternehmen, Parteien und Gewerkschaften die Dringlichkeit politischen Handelns. Das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit ist erkannt, eine gemeinsame Vision und eine alle Akteure einschließende Übereinkunft über notwendige Lösungsansätze liegen aber noch in weiter Ferne.

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP  
bei der III. Alcide de Gasperi-  
Konrad Adenauer-Lecture in Rom



## ■ EUROPAPOLITIK

# KEIN DEUTSCHES EUROPA, SONDERN EIN EUROPÄISCHES DEUTSCHLAND

Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi zählen zu den Gründungsvätern der heutigen Europäischen Union. Beide haben mit die Grundlagen für den politischen Integrationsprozess gelegt, der bis heute anhält. So wie jedes Jahr erinnerten die Konrad-Adenauer-Stiftung und die De-Gasperi-Stiftung am 26. September 2013 in Rom an diese Leistung. Im Rahmen einer Europarede widersprach der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehem. Vorsitzende des Europaparlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, engagiert italienischen Stimmen, die eine deutsche Hegemonie in Europa fürchten: „Es darf keine Dominanz von

keinem Staat oder keiner Gruppe von Staaten geben, sondern alle Länder haben die gleiche Würde.“ Auf dem Höhepunkt der italienischen Regierungskrise sprach sich Pöttering vor Ministern, Abgeordneten, hochrangigen Verwaltungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft zudem dafür aus, die Regierung von Enrico Letta weiter zu stützen: „Wenn es diese Regierung nicht mehr gäbe in dieser schwierigen Zeit, es wäre schlecht für Italien, es wäre schlecht für die Europäische Union, es wäre schlecht für den Euro und ich sage es auch, als Mitglied der Europäischen Volkspartei: es wäre schlecht für unsere Europäische Volkspartei.“

## DEUTSCH-BRITISCHER DIALOG



David McAllister und Hans-Hartwig Blomeier, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Großbritannien

Im Rahmen des von der KAS durchgeführten Deutsch-Britischen Dialogs traf der ehem. Ministerpräsident Niedersachsens, David McAllister, am 1. Juli mit britischen Parlamentsabgeordneten in Westminster zusammen. Dabei wurden verschiedene aktuelle Themen

Großbritannien, Deutschland und die EU-Politik betreffend erörtert. Auch Gespräche mit Regierungsvertretern standen auf dem Programm, darunter mit dem britischen Europaminister David Lidington und dem Sonderbeauftragten für Schottland, Andrew Dunlop, in der Downing Street Nr. 10.

Bereits am Vormittag nahm David McAllister an der Veranstaltung „A Europe that works – A Business Manifesto for Reform“, organisiert von Business for New Europe, teil. In seinem Grußwort betonte er die hervorragenden Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien und sprach sich ausdrücklich für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus.

## DIE EUROPAPOLITIK DEUTSCHLANDS NACH DEN BUNDESTAGSWAHLEN

Angesichts der Europawahlen im Mai 2014 und der verbleibenden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum wird die Europapolitik in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle spielen. Vom 31. Oktober bis 1. November lud die Konrad-Adenauer-Stiftung daher zu einem Workshop über „Die Europapolitik Deutschlands nach den Bundestagswahlen“ ein. An der zweitägigen Veranstaltung in Cadenabbia nahmen ausgewählte Europaexperten aus dem Bundestag, dem Europäischen Parlament, dem Auswärtigen Amt, verschiedenen Stiftungen, Forschungseinrichtungen und Verbänden sowie Journalisten teil.

Die Konferenzteilnehmer im Garten der Villa La Collina



Eine grundsätzliche Erkenntnis der Veranstaltung war es, dass es sich über Europa auch in Abwesenheit von Europaskeptikern trefflich streiten lässt. Viele Teilnehmer waren der Meinung, dass eine ähnlich konstruktive Streitkultur im breiten öffentlichen Diskurs helfen würde, um Europa voran zu bringen. Dabei sollte die zentrale Frage nicht sein, ob man für oder gegen Europa ist, sondern für welches Europa man eintritt.



Seit zehn Jahren Präsident  
der Europäischen Kommission:  
José Manuel Durão Barroso

EUROPAPOLITIK ■

## MUT HABEN, EUROPA ZU VERTEIDIGEN

EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO ZU GAST IN BERLIN

EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso ist am 21. Oktober in Berlin mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Manfred Weber, zu einem Hintergrundgespräch zusammengetroffen.

Gut ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament warb Barroso im Beisein von etwa 60 Bundestagsmitgliedern für mehr Mut, Europa zu verteidigen. Alle proeuropäischen Kräfte seien aufgefordert, sich mit Nachdruck gegen europafeindliche

Akteure zu stemmen. Dies gelte in Straßburg und Brüssel genauso wie in den nationalen Parlamenten.

Die Debatte um Europa dürfe keinesfalls von denjenigen angeführt werden, die gegen Europa seien, so Barroso. Vielmehr müsste der Wert der EU besser kommuniziert werden. Dieser sei gewiss historisch begründet, doch aktuelle Errungenschaften um Freiheit, Sicherheit und Recht würden viel zu selten verteidigt. So stehe nun beispielsweise ein einheitlicher europäischer Datenschutz zur Diskussion, der 28 nationale Einzellösungen ersetzen würde.



## ESTLAND, EUROPA UND DER EURO

Schuldenkrise in Europa  
und Wachstumsstrategie für Estland

Ardo Hansson (Foto), Präsident der estnischen Zentralbank, stellte am Rande des VII. Zukunftsforums Estland in einem Interview die wichtigsten Faktoren von Estlands Krisenmanagement heraus. Während sich die Wirtschaft der EU/Eurozone in nur mäßigem Tempo erhole, komme Estland ohne vergrößerte Schuldenlast aus der Krise. Die aktuellen Reformen würden zudem ein stabileres Wachstumsumfeld versprechen. Schlüssel zu diesem Erfolg seien, so Hansson, neben der transnationalen Kooperation der europäischen Zentralbanken die gut kapitalisierte Bankenlandschaft Estlands und die Nutzung von Rücklagen. Die Übernahme von Garantien innerhalb der europäischen Solidaritätsinstrumente sei schwer gegenüber der estnischen Bevölkerung zu kommunizieren und stelle eine besondere Herausforderung für die politische Kommunikation dar.



„Die Notwendigkeit Europas“:

## GEDENKEN AN KONSTANTINOS KARAMANLIS

Anlässlich einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung mitorganisierten Gedenkveranstaltung zum 15. Todestag des ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Konstantinos Karamanlis trafen der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras (rechts im Bild) und Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP in Brüssel zusammen. Die griechischen Medien feierten diese Veranstaltung und würdigten das Lebenswerk Konstantinos Karamanlis', der als einer der Gründerväter der EU gilt.

Der Bankenchef unterstrich den estnischen Weg hoher Fiskaldisziplin. Für eine kleine, offene und konvergierende Volkswirtschaft könne kein langfristiges Wachstum auf höheren Schulden basieren. Allgemein sah Hansson jedoch auch Defizite beim institutionellen Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion und forderte eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik. Eine vergemeinschaftete Schuldenpolitik, insbesondere Eurobonds, lehnte er ab.

Zum Nachlesen: <http://www.kas.de/estland/de/events/56466/>

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP bei Fuad Boutros Ibrahim Twal, dem lateinischen Patriarchen von Jerusalem, zusammen mit Dr. Hans Maria Heyn (links), Leiter des KAS-Büros für die Palästinensischen Gebiete, und Michael Mertes (rechts), Leiter des KAS-Büros Israel



## ■ POLITISCHER DIALOG

### VIERTE DEUTSCH-GRIECHISCHE VERSAMMLUNG

**Kommunalpolitiker aus Griechenland und Deutschland tauschen sich aus**

Zum ersten Mal fand die Deutsch-Griechische Versammlung im Oktober 2013 in Deutschland statt. Sie ist eine breit angelegte Initiative für die Zusammenarbeit zwischen griechischen und deutschen Regionen, Städten und Bürgern. Thema dieser insgesamt vierten Versammlung in Nürnberg war „Die Stadt der Zukunft“. Die KAS-Athen organisierte in diesem Rahmen einen Workshop zum kommunalen Verwaltungsmanagement.



Professor Hermann Hill, Kostas Bakoyannis, Yiannis Boutaris und Susanna Vogt (v.r.n.l.)

### PÖTTERING BESUCHT ISRAEL UND PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Vom 1. bis 6. Oktober besuchte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Israel und die Palästinensischen Gebiete, um beide Seiten auf dem Weg zu einer Friedenslösung zu ermutigen. Auf einem von der KAS-Israel organisierten Symposium sprach Pöttering sich klar für eine Zwei-Staaten-Lösung nach dem Grundsatz „Zwei Staaten für zwei Völker“ aus. Auch kritisierte er die israelische Siedlungspolitik und verurteilte die Gewalt, die von Hamas und Hisbollah ausgeht. Diese Botschaft vertrat er auch in Gesprächen mit führenden palästinensischen Politikern wie dem Außenminister Riad Al-Maliki und dem Leiter der Verhandlungsdelegation, Saeb Erekat.



### ERSTER DEUTSCH-GRIECHISCHER JUGENDKONGRESS

Über die Bekämpfung der europäischen Schuldenkrise diskutierten deutsche und griechische Jugendliche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft vom 14. bis 15. Oktober beim Jugendkongress der KAS in Berlin. In vier Workshops konnten die Jugendlichen neue Perspektiven kennenlernen, den Dialog untereinander vertiefen und so ein besseres Verständnis für die jeweils andere Seite entwickeln.



Die Jugendlichen im lebhaften Austausch



### KONFERENZ: NEUE CHANCEN FÜR DIE JUGEND!

„Wir sind die Lösung, nicht das Problem!“ war der Tenor der 350 Teilnehmer aus ganz Europa, die am 4. September im Europaparlament über den Zugang Jugendlicher zum Arbeitsmarkt in Krisenzeiten diskutierten. Die KAS-Brüssel hatte gemeinsam mit der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, Rete Juventis und Don Bosco International zu dieser Konferenz eingeladen. Unter den Rednern waren u.a. Mgr. Omella, Bischof von Calahorra y La Calzada-Logroño (Spanien), Thomas Mann MdEP (EVP) und Patrizia Toia MdEP (S&D).

### DIE ROLLE DER JUGEND IN EINEM VEREINTEN EUROPA

Vom 17. bis 20. Oktober fand in Zadar die XI. Regionalkonferenz für (Alt-)Stipendiaten der KAS aus ganz Südosteuropa sowie Deutschland statt. Jens Paulus, Teamleiter der KAS für Europa und Nordamerika, begrüßte gemeinsam mit Dr. Michael Lange, Leiter des KAS-Büros in Zagreb, die Stipendiaten aus der Region. Eingeleitet wurde die Konferenz durch einen Fachvortrag des HDZ-Abgeordneten Dr. Davor Bozinovic zur Rolle der Jugend in der europäischen Politik und Gesellschaft.



v.l.: Jens Paulus (KAS), Anita Valjak (KAS-Stipendiatin) und Daniel Glučić (HDZ) diskutieren politisches Engagement der Jugend in Parteien.



Mit der Unterstützung der Produktion des Dokumentarfilms „Schrei der Schwarzerde“ (Foto: Cover) von Serhij Tscherewaty leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag zur Aufarbeitung eines der dunkelsten Kapitel deutsch-ukrainischer Geschichte.

## ERINNERUNGS-KULTUR IN DER UKRAINE

Das Auslandsbüro der KAS in der Ukraine hat gemeinsam mit einem Team von Journalisten und Experten einen Dokumentarfilm über den Holocaust in der Ukraine herausgegeben. Am Beispiel eines Dorfes in der Region Taraschtscha, 120 Kilometer südlich von Kiew, wird die Judenvernichtung in der Ukraine aufgearbeitet. Ein wertvolles Dokument des Films sind die Zeugenaussagen von Dorfbewohnern, die erstmalig bereit waren, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Der Film wurde im September einer breiten Öffentlichkeit in Kiew vorgestellt und wird demnächst Schulen und Universitäten des Landes kostenlos zur Verfügung gestellt.

## UNGARN UND DEUTSCHE – BRÜCKENBAUER DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG

Frank Spengler, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Ungarn, moderierte das letzte Panel der Konferenz.

Am 17. Oktober 2013 nahmen 80 deutsche und ungarische Experten aus Wissenschaft und Politik auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa und der Landesselbstverwaltung der

Ungarndeutschen in Szekszárd an der Konferenz „Ungarn und Deutsche – Brückenbauer der Europäischen Einigung“ teil. Die Bedeutung der Ungarndeutschen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes, ihre Relevanz als Mittler für Deutschland und ihre Rolle als Impulsgeber der Europäischen Einigung wurde von renommierten Experten aufgegriffen.



## ARMENIENS NEUAUSRICHTUNG

Zusammen mit dem Regional Studies Center führte die KAS am 12. September unter dem Titel „Armenia's New Choice: Scenarios for the Economic and Political Future“ in Jerewan die erste Veranstaltung durch, auf der Armeniens strategische Kehrtwende öffentlich debattiert wurde. Die Ankündigung Präsident Serge Sarkisians, dass Armenien der von Russland geführten Handelsunion beitreten werde, hatte in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zumeist überraschte und ratlose Reaktionen hervorgerufen.

## POLITISCHER DIALOG ■



## INTERNATIONALE WANDERAUSSTELLUNG ERSTMALS IN DEUTSCHLAND ZU SEHEN

Die Ausstellung „Totalitarianism in Europe. Fascism – Nazism – Communism“, die von der „Platform of European Memory and Conscience“ mit Unterstützung der Europäischen Union entwickelt wurde, hatte ihre Deutschlandpremiere in der Berliner Akademie der KAS. Die Ausstellung erinnert an die unzähligen Opfer der totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts in Ost- und Mitteleuropa. Begleitet wurde die Ausstellung von einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten aus Deutschland, Estland, Polen und Tschechien. Die von Hildigund Neubert, Staatssekretärin in der Thüringer Staatskanzlei und stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, eröffnete Veranstaltung widmet sich auch der Frage nach Formen des gemeinsamen Erinnerns in Europa.

## AUSSTELLUNG UND KONFERENZ ERINNERN AN DAS „JERUSALEM DES NORDENS“

Anlässlich des 70. Jahrestages der Liquidierung des Wilnaer Ghettos am 23. September 1943 veranstalteten das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, die Botschaft der Republik Litauen in Deutschland und die Konrad-Adenauer-Stiftung eine dreitägige internationale Konferenz. Šarūnas Birutis, Minister für Kultur der Republik Litauen, unterstrich die Bedeutung Wilnas als jüdisches Zentrum vor dem Zweiten Weltkrieg, die der Stadt den Namen „Jerusalem des Nordens“ einbrachte. Eine Ausstellung der Werke deutschsprachiger Autoren, die in jiddischer Sprache publiziert wurden, umrahmte die Konferenz.

David McAllister  
beim Vortrag an  
der Kardinal-Stefan-  
Wyszynski-Universität



## ■ POLITISCHER DIALOG

### DIE ENTWICKLUNGEN IN DER ARABISCHEN WELT

Am Jahrestag der Anschläge vom 11. September führte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington DC eine Veranstaltung zu aktuellen Entwicklungen in den arabischen Staaten durch. Als Hauptredner betonte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz, dass

die USA und Europa eine demokratische Entwicklung in den arabischen Ländern gemeinsam unterstützen müssen.

*Ruprecht Polenz MdB mit  
Dr. Lars Hänzel, Leiter der  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Washington*



### DEUTSCHLAND NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Aufgrund des großen Interesses in Polen an der Bundestagswahl organisierte das KAS-Auslandsbüro in Warschau verschiedene Veranstaltungen zum Thema. Anfang Oktober kam der ehemalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, David McAllister, zu einem Fachgespräch mit deutschen und polnischen Politikexperten nach Warschau. Er analysierte die Wahl und ihre Auswirkungen auf die deutsche Europa- und Außenpolitik und zeigte sich besorgt über den Trend hin zu europaskeptischen Parteien in ganz Europa, insbesondere mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2014. Diese Entwicklung werde eines der bestimmenden Themen im voraussichtlich kurzen Europawahlkampf sein.

### TERRORISMUS IM SAHEL-SAHARA-RAUM

Die KAS hat in Kooperation mit dem Centre Maghrébin des Etudes Stratégiques am 6. und 7. November eine regionale Konferenz in Nouakchott, Mauretanien, zum Thema „Terrorismus im Sahel-Sahara-Raum und seine Auswirkungen auf den Maghreb“ veranstaltet.

Die Konferenzteilnehmer diskutierten die verschiedenen Facetten und Ursachen von Terrorismus und Instabilität in der Region und forderten ein umfassendes, regionales Sicherheits- und Entwicklungskonzept. Hierzu gehören insbesondere der Aufbau von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen, Nahrungsmittelsicherheit und die Verstärkung regionaler Integration. Zahlreiche ehemalige Minister und Diplomaten, führende lokale Experten und Medienvertreter waren anwesend.



Dr. Gerhard Wahlers und Dr. Rama Naidu (Direktor DDP, re.) überreichten den Community Champions Award an Peter Rice (Radio Khwezi, Bildmitte).

### KAS UND DDP: 20 JAHRE PARTNERSCHAFT IN SÜDAFRIKA

Mit der Veranstaltung „The politics of public participation: Towards deepening our knowledge and understanding of citizen mobilization – a South African perspective“ vom 28. bis 30. Oktober feierten die KAS und das Democracy Development Programme (DDP) in Durban das zwanzigste Jubiläum ihrer Zusammenarbeit. Höhepunkt der Veranstaltung war ein feierliches Abendessen mit Freunden und Partnern von DDP, anlässlich dessen der stellvertretende Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers, den Festvortrag hielt.

### CHINAS ENGAGEMENT IN AFRIKA

Am 1. Oktober organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington DC eine Expertenrunde, um über das Engagement Chinas in Afrika und die daraus resultierenden Auswirkungen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Region zu diskutieren. Dr. Günter Nooke, der persönliche Afrikabbeauftragte der Bundeskanzlerin, konnte dafür als Hauptredner gewonnen werden.

Nooke betonte den wachsenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas in Afrika. Vorwiegend würde China Sympathien durch die Umsetzung großer Infrastrukturprojekte gewinnen, aber mangelnde Standards im Umweltschutz, Arbeitssicherheit und in der Materialqualität würden innerhalb der afrikanischen Zivilgesellschaft genau wahrgenommen und die Regierungen zum Handeln zwingen.



**I. SOMMERAKADEMIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN TUNIS**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud 23 Nachwuchspolitiker und junge Vertreter der Zivilgesellschaft aus allen Regionen Tunesiens zu der ersten Sommerakademie zur politischen Kommunikation vom 12. bis 19. August 2013 nach Tunis ein.

**POLITISCHER DIALOG** ■

## 9. CHINA-EU THINK TANK ROUNDTABLE

Der 2004 von der KAS initiierte China-EU Think Tank Roundtable hat sich in den vergangenen Jahren als eine Plattform für chinesisch-europäischen Austausch etabliert. Turnusmäßig fand der Dialog diesen September in Chengdu/China statt und beschäftigte sich mit den Implikationen der Kräfteverschiebung hin zu einer multipolaren, interdependenten Weltordnung. Die Frage, welche neuen Kanäle für Kommunikation und Kooperation zwischen der EU und China erschlossen werden könnten, stand im Mittelpunkt des Beitrags von Prof. Dr. Zhou Hong, Direktorin des Instituts für Europastudien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Die Vertreter der europäischen Think Tanks betonten die Wichtigkeit langfristiger strategischer Visionen im multilateralen Diskurs.



Think Tank-Vertreter aus Europa und China stellten ihre Visionen für vertrauensvolle Zusammenarbeit vor.

## DEUTSCH-MALAYSISCHER SICHERHEITSDIALOG

Bereits zum zweiten Mal trafen sich hochrangige Experten aus Deutschland und Malaysia in Kuala Lumpur, um über aktuelle sicherheitspolitische Themen und Herausforderungen zu diskutieren. Unter den deutschen Teilnehmern waren Vertreter des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, der NATO, des Europäischen Außendienstes, ehemalige Führungsmitglieder der Bundeswehr sowie Experten von Think Tanks. Auch die malaysische Seite war mit Regierungsmitgliedern und Militärs hochrangig vertreten. Die bisherige bilaterale Dimension des Dialogs wurde bei der Tagung im Oktober um den Input von Experten aus einem dritten Land, der Türkei, erweitert. Die Formel 2+1 wurde von allen Teilnehmern als ein Gewinn für die Diskussion bewertet.



## MEXIKO: BEKÄMPFUNG DES DROGENHANDELS

In Kooperation mit dem Humboldt-Lehrstuhl des Colegio de México veranstaltete die KAS in Mexiko im Oktober eine internationale Konferenz zum Thema „Die Bekämpfung des Drogenhandels und ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen“. Neben Präsentationen zur Rolle Mexikos boten Experten aus den USA, Lateinamerika und Deutschland einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Facetten der Drogenbekämpfung und stellten Ansätze internationaler Zusammenarbeit dar. Botschafter, Studenten, Angehörige des Militärs und der Zivilgesellschaft sowie zahlreiche Experten nahmen vor Ort und online an der zweitägigen Konferenz teil, welche auch von der deutschen Presse begleitet wurde.



Prof. Dr. Stefan Jost, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, mit internationalen Experten: Bruce Bagley, (University of Miami, links), Prof. Dr. Carlo Masala (Bundeswehr-Universität München, 2.v.r.) und Francisco Thoumi (International Narcotics Control Board, rechts)

## METHODEN UND STRATEGIEN MODERNER WAHLKAMPFFÜHRUNG

Vor weit über 100 Vertretern politischer Parteien in Thailand berichteten am 29. Oktober Dr. Klaus Schüler, Bundesgeschäftsführer der CDU, und Oliver Röseler, Bereichsleiter Marketing der CDU, über Methoden und Strategien moderner Wahlkampfführung und tauschten Erfahrungen mit Wahlkampfmanagern thailändischer Parteien aus. Insbesondere die Wahlkampfführung über soziale Netzwerke stieß in Thailand auf enorm großes Interesse.



Die thailändische Ministerin für soziale Entwicklung, Paveena Hongsakula (links im Bild), im Gespräch mit Dr. Klaus Schüler

**Ausgewählte Veranstaltungen**

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, □ eine Veranstaltung in Deutschland)

■ **KAS-PANORAMA**



**LATEINAMERIKA**

**4 Informierter Wähler**  
TV-Debatten mit  
Präsidentenskandidaten  
San José,  
5./6. Januar 2014

**12 Politische Theorie und Praxis**  
10. Internationaler Aufbaukurs  
Santiago de Chile,  
14. – 21. Januar 2014

**1 Anwendung menschen-  
rechtlicher Standards in  
Mexiko und Kolumbien**  
Seminar  
Mexiko-Stadt,  
16. – 17. Januar 2014

**11 Quando idéias se encontram –  
Wenn Ideen sich treffen.**  
Deutsch-Brasilianische  
Journalistenakademie  
Rio de Janeiro,  
5. – 15. Februar 2014

**9 Gemeinsame Werte:  
Christdemokratie und indigene  
Völker**  
PPI/ODCA  
Santa Cruz,  
19. – 20. Februar 2014

**13 DipuDatos**  
Eröffnung der Plattform  
zur Arbeit der argentinischen  
Parlamentsabgeordneten  
Buenos Aires,  
Februar 2014

**EUROPA UND  
NORDAMERIKA**

**44 Politische Winterschule  
für Nachwuchskräfte  
Südkaucasus**  
Seminar  
Tiflis, 20. – 24. Januar 2014

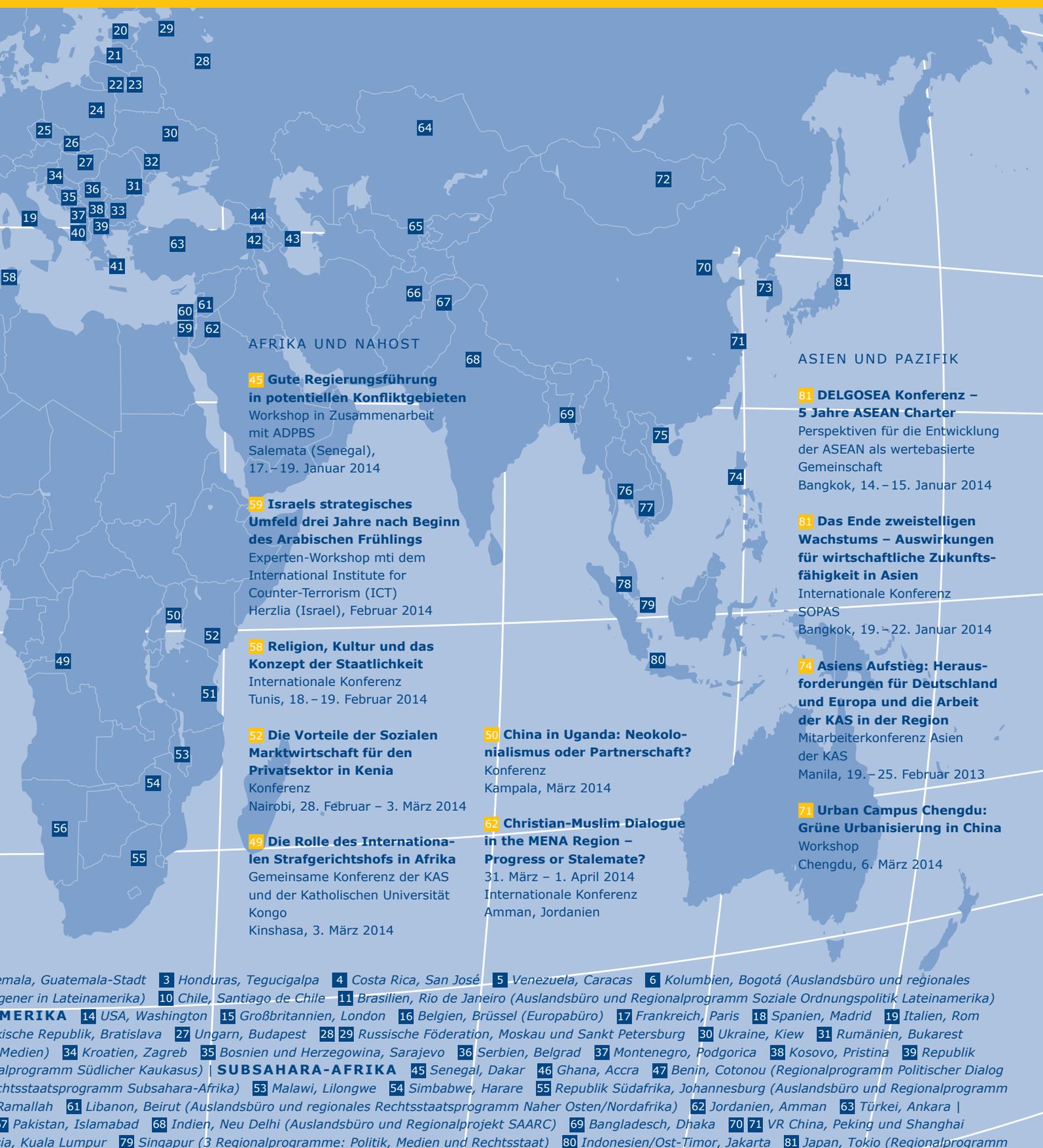
**18 Die Föderalismus-Debatte  
in Spanien**  
Expertengespräch  
Madrid, Februar 2014

**24 Deutsch-Polnische  
Nachbarschaft**  
10 Jahre nach der  
EU-Osterweiterung  
Seminar  
Slubice (Polen), Februar 2014

**27 Jugend- und Studenten-  
politik in Ungarn und Mittel-  
europa**  
Konferenz  
Budapest, 24. Februar 2014

**17 Die Europäische Union:  
Verantwortung Frankreichs  
und Deutschlands**  
Politisches Dialogprogramm  
Paris, März 2014

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt 2 Guatemala, Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigene Völker) 12 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 13 Argentinien, Buenos Aires | **EUROPA UND NORDAMERIKA** 14 Kanada, Ottawa 15 Großbritannien, London 16 Frankreich, Paris 17 Deutschland, Berlin 18 Spanien, Madrid 20 Estland, Tallinn 21 Lettland, Riga 22 Litauen, Vilnius 23 Weißrussland, Bürositz: Vilnius 24 Polen, Warschau 25 Tschechische Republik, Prag 26 Slowakei, Bratislava (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 27 Ungarn, Budapest 30 Österreich, Wien 31 Italien, Rom 32 Republik Moldau, Chişinău 33 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südosteuropa) 34 Rumänien, Bukarest 35 Griechenland, Athen 36 Zypern, Nicosia 37 Türkei, Ankara 38 Armenien, Eriwan 39 Aserbaidschan, Baku 40 Albanien, Tirana 41 Westafrika 42 Nigeria, Abuja 43 DR Kongo, Kinshasa 44 Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 45 Westafrika 46 Nigeria, Abuja 47 DR Kongo, Kinshasa 48 Nigeria, Abuja 49 DR Kongo, Kinshasa 50 Uganda, Kampala 51 Tansania, Dar es Salaam 52 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 53 Kenia, Nairobi 54 Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** 55 Marokko, Rabat 56 Libanon, Beirut 57 Israel, Jerusalem 58 Palästinensische Gebiete, Ramallah 59 Kasachstan, Astana 60 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 61 Afghanistan, Kabul 62 Indonesien, Jakarta 63 Philippinen, Manila 64 Kasachstan, Astana 65 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 66 Afghanistan, Kabul 67 Thailand, Bangkok 68 Malaysia, Kuala Lumpur 69 Singapur, Singapur 70 Vietnam, Hanoi 71 Indonesien, Jakarta 72 Mongolei, Ulan Bator 73 Republik Korea, Seoul 74 Philippinen, Manila 75 Vietnam, Hanoi 76 Thailand, Bangkok 77 Kambodscha, Phnom Penh 78 Malaysia, Kuala Lumpur (Soziale Ordnungspolitik Asien und Auslandsbüro)



## ■ UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

## AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS AUF DIE COSTA-RICANISCHE WIRTSCHAFT

In Zusammenarbeit mit der Academia de Centroamérica wurde am 22. August eine Konferenz für Vertreter aus Wirtschaft und Politik zum Thema „Klimaanpassung: Herausforderungen für die Entwicklung Costa Ricas“ durchgeführt. Knapp 130 Teilnehmer, darunter Wirtschaftswissenschaftler, Regierungsvertreter, Ex-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten, besuchten die Veranstaltung. Während des ersten Blocks der Konferenz wurden die Folgen des Klimawandels beschrieben. Der zweite Teil konzentrierte sich auf die wirtschaftlichen Maßnahmen, die im Produktions- und Finanzsektor, den kleinen Landwirtschaftsbetrieben des Agrarsektors, den Bananen- und Kaffeeproduktionen sowie dem Bankensektor angesichts des Klimawandels ergriffen werden. Die Anpassungsmaßnahmen

an den Klimawandel und die entsprechenden Herausforderungen wurden während des dritten Blocks vorgestellt. Den Abschluss der Konferenz bildete ein Diskussionspanel, in dem das Thema der Klimaanpassung aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wurde. Es nahmen Vertreter aus dem privaten und öffentlichen Sektor, dem Bankensektor, der Wissenschaft und Forschung sowie der internationalen Zusammenarbeit teil, von deren Diskurs man sich strategische Ansätze für eine nationale Klimapolitik erhofft.

*Wer zahlt für die Folgen des Klimawandels? Experten aus Politik und Wirtschaft diskutierten über die Anpassung an den Klimawandel in Costa Rica.*



## ARALSEE-KATASTROPHE IN ZENTRALASIEN

KAS-Vorstand Dieter Althaus, Ministerpräsident a. D., besuchte im Oktober dieses Jahres Usbekistan. Neben Regierungsgesprächen nahm er in Taschkent und Bucharan an der KAS-Veranstaltung „Hinterlassenschaften des Stalinismus. Rundtischgespräche zu klima-, wasser- und umweltpolitischen Herausforderungen in Zentralasien“ teil. Im Zentrum stand dabei die Katastrophe um den Aralsee. Die KAS erörterte mit ihrem Partner, der Internationalen Stiftung für die Rettung des Aralsees, notwendige Maßnahmen der regionalen Kooperation, die dem Stopp des Austrocknens des Sees dienen könnten.

## KONFERENZ ENERGIESICHERHEIT UND KLIMAWANDEL IN WUHAN (CHINA)

Zusammen mit dem Research Institute of Environmental Law (RIEL) der Universität Wuhan sowie der Deutschen Botschaft Peking veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 8. bis 11. September eine Konferenz zum Thema Energiesicherheit und Klimawandel. Im ersten und zweiten Teil der Konferenz standen die internationalen und nationalen Herausforderungen der Energiepolitik im Mittelpunkt. Dr. Sven-Uwe Müller, Leiter des deutsch-chinesischen Programms für erneuerbare Energien der GIZ, stellte die deutsche „Energiewende“ vor und betonte, dass es dabei nicht nur um eine technologische Entwicklung gehe, sondern auch das Verhalten beim Energiekonsum umfasse. Prof. Xiao Guoxing von der Chinesischen Gesellschaft für Energierecht machte deutlich, dass eine Umgestaltung des chinesischen Energiesektors vor allem deshalb schwierig sei, da eine solche Neuordnung weit reichende institutionelle Reformen erfordern würde. Der dritte Konferenzblock beschäftigte sich mit der Rolle und Beteiligungsmöglichkeiten nichtstaatlicher Akteure in der Energiepolitik, die vor allem darin bestehen, einen nachhaltigen Umgang mit Energieressourcen zu erwirken.





v.l.: Dr. Andreas Möller (Arubis AG), Reinhard Willig (Leiter des KAS-Auslandsbüros in Peru) und Philipp Murmann MdB

## 1. Deutsch-Lateinamerikanische Konferenz Junger Unternehmer in Lima (Peru)

### ENERGIESEKTOR: KOOPERATION MIT ZUKUNFT

Schwerpunkt dieser Konferenz war der Austausch über die Zukunft deutsch-lateinamerikanischer Zusammenarbeit im Energiesektor. 15 Unternehmer und Unternehmensvertreter aus lateinamerikanischen Staaten (Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Chile, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru und Venezuela) und 15 deutsche Vertreter aus Politik, Verwaltung und von (Entwicklungs-)Banken waren dazu eingeladen, Perspektiven der verstärkten Zusammenarbeit im Energiebereich zu diskutieren und konkrete Kooperationsprojekte anzustoßen. Die Veranstaltung erfolgte in Kooperation mit zwei renommierten Partnern.

### PAN-KONGRESS ZUR KLIMA- UND ENERGIE- POLITIK IN MEXIKO

Anlässlich der Debatte um die nachhaltige Implementierung des nationalen Klimaschutzgesetzes von 2012 auf Landes- und kommunaler Ebene, der anstehenden und kontrovers diskutierten Energiereform Mexikos sowie jüngster Naturkatastrophen realisierte die KAS gemeinsam mit dem christdemokratischen Partner Partido Acción Nacional (PAN) am 18. September einen Kongress zu Klima-, Umwelt- und Energiefragen. Ziel war es, die Aktionspläne und programmatischen Vorschläge der PAN zu diesen Themen vorzustellen. Gemeinsam mit Fachexperten und Vertretern der Zivilgesellschaft wurden die verschiedenen nationalen Politiken diskutiert und ihr Erfolg gemessen an ihrer Umsetzung bewertet.

Im Ergebnis wurden Forderungen nach einer Klima- und Umweltschutzpolitik laut, die auf transversale, also die politischen Handlungsebenen von lokal bis international überspannenden Koordinierungsformen, beruht. Auch sollten sich die formal voneinander unabhängigen Zentren der Entscheidungsfindung bei der Gestaltung und Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzvorhaben besser abstimmen. Neben Verfahren zur Emissionsminderung seien Strategien zur Anpassung an den Klimawandel ebenso notwendig.

## UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ■

### ENERGIEMARKT SÜDOSTEUROPA 2013

Der Energiesektor ist für Südosteuropa der Schlüssel zu regionalem Wirtschaftswachstum, steigendem Wohlstand und zugleich Türöffner zur Europäischen Union, da sich durch die natürlichen Ressourcen in Südosteuropa vielfältige Investitionsmöglichkeiten bieten. Zudem hat Südosteuropa sich mit Gründung der Energiegemeinschaft zur Übernahme der Europäischen Energie-Richtlinien verpflichtet, was die Marktteilnehmer vor große Herausforderungen stellt. Die Veranstaltung Energiemarkt Südosteuropa 2013 stellte eine Plattform zur Verfügung, auf der sich Entscheidungsträger aus Energiewirtschaft und Politik zu aktuellen Herausforderungen, Investitionsmöglichkeiten und Zukunftstrends miteinander austauschen konnten.



Gastredner Franzjosef Schafhausen (BMU)

### SYMPOSIUM IN UNGARN: ZUKUNFT NACHHALTIG GESTALTEN

Am 2. Oktober 2013 tauschten sich Experten aus Deutschland und Ungarn zu den Strategien und Erfahrungen der beiden Länder über nachhaltige Entwicklung aus. Zum Symposium mit ca. 80 Teilnehmern im Gebäude der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Budapester Burgviertel luden der Ungarische Rat für Nachhaltige Entwicklung und die Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Aus Deutschland nahm Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), am Symposium teil und stellte Erfahrungen hinsichtlich der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vor. Der Generalsekretär des ungarischen Nachhaltigkeitsrates (NNFT), Dr. Gábor Bartus, Mitveranstalter des Symposiums, präsen-



tierte die ungarischen Ansätze der Nachhaltigkeitsstrategie. Mit Dr. Katalin Szili, Parlamentspräsidentin a. D. und Vorsitzende des Ausschusses für Nachhaltige Entwicklung in der Ungarischen Nationalversammlung, András Gyürk MdEP und János Bencsik MdNV war die Veranstaltung auch politisch gut besetzt. Zu den weiteren Rednern gehörten Prof. Dr. Gábor Náray-

Szabó, Kovorsitzender von NNFT, Dr. Marcel Szabó, Ombudsmann für die Rechte zukünftiger Generationen, Prof. Dr. Andreas Goldthau, Central European University, und Dr. Tamás Pálvölgyi vom Ungarischen Institut für Geologie und Geophysik, die verschiedenste Aspekte der deutschen und ungarischen Nachhaltigkeitsstrategien beleuchteten.

Auch der deutsche Botschafter in Tunis, Jens Plötner, empfing die Teilnehmer in seiner Residenz.



## ■ MEDIEN

### POLITIKBERICHTERSTATTUNG UND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER UMBRÜCHE IN NORDAFRIKA

## DEUTSCH-TUNESISCHE JOURNALISTENAKADEMIE 2013

„Hands-on-Training“ – so lautete das Stichwort einer zehntägigen Journalistenakademie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Presse- und Kommunikationswissenschaften (IPSI) in Tunesien. Durch ihre eigene Recherche vor Ort erlebten acht deutsche und neun tunesische Nachwuchsjournalisten die Begeisterung und Leidenschaft, die ihr Beruf erfordert, aber auch die Herausforderungen, vor die sie in ihrer täglichen Arbeit immer wieder gestellt werden. Im Rahmen des Programms konnten sich die Teilnehmer mit ausgewiesenen tunesischen Experten austauschen und so in die

aktuellen Herausforderungen und Perspektiven der Politikberichterstattung in Nordafrika „eintauchen“. Auch der deutsche Botschafter, Jens Plötner, lud die Teilnehmer zu einem Empfang in seine Residenz, um mit ihnen über die Medienlandschaft vor und nach der Revolution zu diskutieren.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit in deutsch-tunesischen Teams lassen die Teilnehmer in eine Publikation einfließen, die derzeit als ein etwas anderer Einblick in das postrevolutionäre Tunesien unter dem Titel „OpTUNISme“ erarbeitet wird.

### Crowdsourcing-Konferenz in Manila

## POWER TO THE PEOPLE



Maria Ressa zeigt, wie sich die Grafiken der Twitter-Hashtags #Syria und #Egypt ähneln. So will sie Revolutionen voraussagen können.

Auf Twitter seien Revolutionen bereits sichtbar, bevor sie ausbrechen. Das behauptete jedenfalls Maria Ressa, CEO von Rappler.com und ehemalige CNN-Nachrichtensprecherin, auf der „Crowdsourcing“-Konferenz der KAS am 29. August in Manila. Der neu geschaffene Begriff bezeichnet die Auslagerung von Recherchearbeiten auf die Leserschaft. Als beson-

dere Kennerin der „Crowd“ hielt Maria Ressa den Leitvortrag. Sie zeigte so genannte Hashtag-Clouds, Grafiken, die häufig verwendete Schlagworte auf Twitter abbilden. Ihr Unternehmen Rappler.com ist ein soziales News-Netzwerk, welches das Konzept vom Crowdsourcing-Journalismus bereits bestens nutzt. Dieses Newsportal verkörpert soziale Medien und das Teilen von relevanten Informationen, denn es verbindet Journalismus und Technologie mit den Ideen und Nachrichten der User. Das Medienprogramm Asien hat im August mit über achtzig Journalisten aus 17 Ländern in Manila die Vor- und Nachteile des Einsatzes von Crowdsourcing im Journalismus diskutiert.

### KAS-Medienseminar mit Hans-Joachim Falenski

## EU IST TOP-THEMA FÜR POLITIK-JOURNALISTEN DES BALKANS

Politische Inhalte kommen in den Medien Südosteuropas zu kurz. Für Politikreporter ist die EU jedoch ein Top-Thema. Das zeigte ein Seminar des KAS-Medienprogramms Südosteuropa vom 12. bis 14. September in Ohrid (Mazedonien). Hauptreferent war Hans-Joachim Falenski, außenpolitischer Berater der CDU/CSU-Fraktion.

Falenski gab Einblicke in die EU-Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Fraktion und kommentierte die EU-Erweiterung. In der Verteidigungspolitik hätten die EU-Länder unterschiedliche Schwerpunkte, eine intensive Strategiediskussion sei nötig. Eine Erweiterung und Vertiefung der EU müsste mit der Stimmung der Bürger vereinbar sein. Von besonderem Interesse für die Journalisten aus Bulgarien, Mazedonien und Albanien waren Einschätzungen zur politischen Entwicklung ihrer Länder. Um die Diskussion zu intensivieren und zur Verständigung in der Region beizutragen, vereinbarten Seminarleiter Christian Spahr und Hans-Joachim Falenski eine jährliche Ausrichtung des Seminars.



Tagungsbeginn mit Hans-Joachim Falenski, KAS-Seminarleiter Christian Spahr und Aleksandar Nikolov, Chef der mazedonischen NGO Zenith (v.l.)

KAS-Medienexperte Christian Spahr stellt mit weiteren Vorstandsmitgliedern das SEECOM-Logo vor.



MEDIEN ■

## KAS BRINGT VERBAND FÜR REGIERUNGSSPRECHER AUF DEN WEG

EU-WEIT ERSTE VEREINIGUNG FÜR STAATLICHE PR-EXPERTEN

In Budva (Montenegro) ist am 29. September der EU-weit erste Verband für staatliche PR-Experten gegründet worden. Die 80 Mitglieder kommen aus dem Balkan, Deutschland und den USA. Die KAS ist eine von drei Organisationen hinter der „South East Europe Public Sector Communication Association“ (SEECOM), deren Ziel die Professionalisierung politischer Kommunikation ist.

Frank Priess, Stv. Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS,

betonte die Verantwortung politischer PR-Manager. „Bei SEECOM kommen Experten zusammen, die ihre Tätigkeit als gesellschaftliche Aufgabe verstehen.“ Zum Vorsitzenden wurde Krunoslav Vidic gewählt, Sprecher des kroatischen Arbeitsministeriums. Generalsekretär ist Vuk Vujnovic, PR-Experte der Regierung von Montenegro. Vorstandsmitglieder sind Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, Nadica Dujovic vom Entwicklungsprogramm der UN und Dinka Zivalj vom Kooperationsrat für Südosteuropa.

## NEUES KOMMUNIKATIONS-GESETZ IN ECUADOR

In Ecuador hat Präsident Rafael Correa mit dem neuen Kommunikationsgesetz und dem Präsidialdekret Nr. 16 zur Neuregelung der Registrierung von Nicht-Regierungsorganisationen die 2. Etappe seiner so genannten Bürgerrevolution eingeläutet. Beide Gesetzeswerke enthalten Bestimmungen, die die Medienfreiheit und den Handlungsspielraum der organisierten Zivilgesellschaft deutlich einschränken können.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Quito hat daher eine landesweite Kampagne gestartet, um Journalisten und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen über die Inhalte und möglichen rechtlichen Konsequenzen der neuen Regulierungen zu informieren. Zusammen mit ihren Partnern FUNDAMEDIOS Ecuador und Participación Ciudadana, einer anerkannten Organisation, die sich für die Beteiligung der Bürger an politischen Willensbildungsprozessen einsetzt, betrachtet die KAS dies als einen wichtigen und notwendigen Beitrag, um gesellschaftliche Akteure und Medienvertreter über die drohende Kriminalisierung staatsbürgerlichen Engagements und die strafrechtliche Verfolgung v. a. von Formen des investigativen Journalismus aufzuklären.



E-lection Bridge Academy in Johannesburg

perspektive jung

## KAS FÖRdert POLITISCHEN NACHWUCHS

Seit drei Jahren vernetzt das KAS-Medienprogramm Subsahara-Afrika durch die E-lection Bridge Africa demokratische Parteien in der Region. Im Zentrum steht der Austausch zu Wahlkampf-Strategien und Werkzeugen der Politischen Kommunikation. Was unter den beteiligten Parteien bereits als großes Erfolgsmodell gilt, ist mit der E-lection Bridge Academy in diesem Jahr um eine Nachwuchskomponente bereichert worden.

Der Workshop brachte junge Experten der Politischen Kommunikation aus elf afrikanischen Ländern zusammen (siehe Foto oben). Parteien und ihre Wahlprogramme wurden vorgestellt, Erfahrungen ausgetauscht und Fachwissen in intensiven Workshops erweitert. Lebendige Diskussionen und engagierte Teilnehmer machten die erste E-lection Bridge Adademy zu einer gelungenen Veranstaltung. Für KAS Media Africa war sie das Startsignal, um die nächste Generation der afrikanischen Kampagnenführer in einen längerfristigen Lernprozess einzubinden.



*Auf der Konferenz waren internationale Experten aus China, Israel, Rumänien, Südkorea, Tansania, den USA und Deutschland vertreten.*

## X. VÖLKERRECHTSKONFERENZ: CYBER SECURITY

Die rasanten Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologie des Internets haben unser privates und berufliches Leben grundlegend verändert. Online-Banking, soziale Netzwerke, Software-gesteuerte Infrastruktur und Einrichtungen gehören zum Alltagsleben in den Industrieländern. Es gibt aber auch Bedrohungen aus dem Cyberraum, die eine große Herausforderung für die Ausgestaltung nationaler und internationaler Sicherheitspolitik darstellen, von Cyberkriminalität über Cyberspionage bis hin zu Cyberkrieg. Über die juristischen Herausforderungen von Cyber Security diskutierten Experten aus aller Welt bei der X. Völkerrechtskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn.



In seiner Grundsatzrede wies der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Dr. Hans-Georg Maaßen (links im Bild), darauf hin, dass die moderne Informationsgesellschaft vor der Herausforderung steht, die erforderliche Balance zwischen Sicherheitsinteressen und Freiheitsrechten einzuhalten – dies

auch mit Blick auf die NSA-Affäre – und den Gefahren, die mit der digitalen Revolution einhergehen, zu begegnen. Die internationalen Experten waren sich darin einig, dass die Bedeutung von Cyber Security in Bereichen wie Justiz, Polizei, Militär, bei regionalen und internationalen Abkommen – nicht nur zwischen Staaten, sondern auch unter Einbeziehung der Wirtschaft – und in der Völkerrechtsentwicklung in Zukunft stark ansteigen werde.

### ZWISCHEN AMNESTIE, WAHRHEIT UND STRAFE

## VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG IN LATEINAMERIKA

Zu ihrem XI. Treffen kam die Lateinamerikanische Studiengruppe für Internationales Strafrecht im Oktober in Brasilien mit unterschiedlichen Akteuren der brasilianischen Vergangenheitsaufarbeitung zusammen. Die vom KAS-Rechtsstaatsprogramm mit der Universität Göttingen (Kai Ambos) koordinierte Gruppe diskutierte mit José Carlos Dias, Präsident der Nationalen Wahrheitskommission, und Paulo Abrão, Präsident der Amnestiekommision, aktuelle Streitthemen der Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktatur im Vergleich zu Erfahrungen in der Region und Europa. In den letzten drei Jahren hat sich die internationale Expertengruppe intensiv mit dem Einfluss des Interamerikanischen Menschenrechtssystems auf das innerstaatliche Recht und die Politik in Lateinamerika auseinandergesetzt. Die Arbeiten analysieren die gesellschaftspolitischen und rechtlichen Spannungen, die im Zuge der Aufarbeitung von Verbrechen entstehen, die während der Diktaturen oder internen bewaffneten Konflikte begangen wurden. Etwaige Amnestieregelungen wurden oft von den militärischen Machthabern selbst verabschiedet. Jahrzehnte später



*Nur Wahrheit oder auch Strafe? – Im Gespräch mit (r.) José Carlos Dias, dem Präsidenten der brasilianischen Wahrheitskommission, die Mitglieder der Studiengruppe: (v.r.n.l.) Prof. Dr. Kai Ambos, Dr. Ezequiel Malarino und Marcos Zilli*

stehen diese Amnestien nur noch in wenigen Ländern der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgegen. Zuweilen greift eine solche jedoch in die Grundrechte der mutmaßlichen Täter ein. Ein absolutes Verbot der Amnestierung droht darüber hinaus gerade im Kontext interner bewaffneter Konflikte (etwa in Kolumbien) einen Weg in den Frieden zu versperren, der den Konfliktparteien auch Zugeständnisse im Hinblick auf die Strafgerichtsbarkeit abverlangt.



Die Delegation von Verfassungsexperten zu Besuch beim Präsidenten des Bundesgerichtshofes (BGH)

RECHTSSTAAT ■

## ARABISCHE VERFASSUNGSGERICHTSPRÄSIDENTEN AUF DEUTSCHLANDBESUCH

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben Reformprozesse um Verfassungen und Verfassungsgerichte in der Region wieder in den Blickpunkt gerückt. Ende Oktober besuchten fünf hochrangige Verfassungsrichter und -experten (darunter Präsidenten/Vizepräsidenten der Verfassungsgerichte) aus dem Libanon, Ägypten, Tunesien und Marokko im Rahmen eines Studien- und Dialogprogrammes die Bundesrepublik Deutschland. Die Teilnehmer informierten sich insbesondere über die deutsche Verfassungsgerichtsbarkeit und ihren politischen und gesellschaftlichen Kontext. Dabei stand das vielfach in der arabischen Welt feh-

lende Instrument der Verfassungsbeschwerde im Vordergrund, um den Gästen der Stiftung Möglichkeiten zum internationalen und regionalen (arabischen) Rechtsvergleich einzuräumen. Ein Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg stand ebenso auf der Tagesordnung. Schließlich beabsichtigte das Programm, durch die Einbindung strategischer Partner aus verschiedenen arabischen Ländern ein Netzwerk von Richtern von Verfassungs- und Obersten Gerichten zu initiieren und eine Plattform für den Austausch über rechtsstaatsrelevante Themen zu bilden.

### ENTSCHEIDUNGEN DES BVERFG AUF RUMÄNISCH

Ende September wurde im Parlamentspalast von Bukarest der rumänischsprachige Band „Ausgewählte Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ vorgestellt. Er enthält die Übersetzungen von Konzentraten bzw. Pressemitteilungen von 179 bedeutenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die nunmehr dem rumänischen Verfassungsgericht sowie Rechtspolitikern und -praktikern zur Verfügung stehen. Damit soll auch der Rechtsprechungsdialog zwischen dem Verfassungsgericht von Rumänien und dem Bundesverfassungsgericht vertieft werden. Augustin Zegrean, Präsident des Verfassungsgerichts von Rumänien, wies darauf hin, dass dadurch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verstärkt als Quelle für Entscheidungen des rumänischen Verfassungsgerichts herangezogen werden kann. Ehrengast war der Richter am Bundesverfassungsgericht Wilhelm Schluckebier, der die Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Gefüge der deutschen Institutionen analysierte.

### ZENTRALAMERIKA: REFORM VON WAHLSYSTEMEN

Im September besuchte der Präsident des Bundesfinanzhofs und ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. h. c. Rudolf Mellinghoff Zentralamerika. In Costa Rica nahm er an einer Konferenz zur vergleichenden Analyse des deutschen und costa-ricanischen Wahlsystems teil. In Costa Rica gibt es Bestrebungen, ein an das deutsche System angelehntes Verhältniswahlrecht einzuführen. Im Anschluss nahm er an dem von der KAS jährlich organisierten Treffen der Wahlgerichtshöfe Zentralamerikas in Guatemala teil. Diskutiert wurden vor allem Themen der Wahlrechtsreform, die Modernisierung des politischen Systems und Stärkung der Judikative sowie neue Formen politischer Bildung.



Prof. Yeong-Chin Su (Vizepräsident Judicial Yuan, Bildmitte) und Dato Param Cumaraswamy (ehem. UN-Berichterstatter zu Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, 2.v.l.) bei der Paneldiskussion

## INTERNATIONALES SYMPOSIUM ZUR RICHTERLICHEN ETHIK

Die Einhaltung hoher Standards bei Verhalten und Integrität von Richtern ist von entscheidender Bedeutung für eine rechtsstaatliche Entwicklung. In einem internationalen Symposium, organisiert in Kooperation mit dem Judicial Yuan, dem höchsten Justizorgan Taiwans, wurde die Einführung von ethischen Richtlinien für Richter, insbesondere der Bangalore Principles of Judicial Conduct, in verschiedenen Ländern der gesamten Region beleuchtet. Der zweitägige Workshop wurde von mehr als 40 Richtern und Rechtswissenschaftlern wahrgenommen, die mit der Aus- und Weiterbildung von Richtern befasst sind. Eröffnet wurde die Konferenz vom Obersten Richter Taiwans und Präsidenten des Judicial Yuan, Rai Hau-Min. Aus Deutschland war die Präsidentin des Kammergerichts Berlin, Monika Nöhre, angereist. Weitere Redner waren der frühere UN-Beauftragte für die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte, Dato Paramsothi Cumaraswamy, sowie Juristen aus Thailand, Südkorea, Malaysia, Indonesien und Taiwan.

Neben der burmesischen Oppositionsführerin auf dem Podium: Dr. Wilhelm Hofmeister, Leiter des Regionalprogramms Politikdialog Asien der KAS



## ■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

### GHANAS EX-PRÄSIDENT KUFUOR IN UGANDA

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Makerere-Universität Kampala hielt sich der ehemalige ghanaische Präsident John A. Kufuor vom 1. bis 3. August in Uganda auf, um zum Thema „Ressourcennutzung – Erfahrungen aus Ghana“ zu sprechen. „Einen ‚Ressourcen-Fluch‘ gibt es nicht; vielmehr nur einen Fluch, der die Regierungsführung betrifft“, betonte er.

Seit in Uganda Öl gefunden wurde, bestimmt das Thema den wirtschaftlichen und politischen Diskurs. Viele Ugander hoffen darauf, dass die Öleinnahmen die Entwicklung ihres Landes nachhaltig voranbringen werden. Die KAS setzte damit ihre Themenreihe „Ölförderung: Aus Erfahrung lernen“ fort, die 2012 am Beispiel Norwegen begonnen hatte und mit Ghana weitergeführt werden konnte. Die Veranstaltung an der Makerere-Universität zog mehr als 500 Gäste an. Der ugandische Premierminister würdigte den herausragenden Beitrag, den die KAS zum Öl-Diskurs im Land geleistet habe.



John A. Kufuor beim Betreten der Makerere-Universität

### INDONESIEN WÄHLT: WAS BRINGT 2014 FÜR FRAUEN IN DER POLITIK?

Wenn im kommenden Jahr in Indonesien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden, bewerben sich auch wieder viele Frauen um ein politisches Amt. Mit welchen Chancen und Herausforderungen weibliche Politikerinnen zu rechnen haben, erläuterte die prominente Politikerin und Frauenrechtlerin Hetifah Sjaifudian im Rahmen der diesjährigen Partnerkonferenz der KAS-Indonesien und Ost-Timor vom 22. bis 24. September. Unter dem Motto „Women in Politics towards the 2014 Elections“ berichtete sie von Fortschritten der Frauen in der Politik: So seien mittlerweile rund 18 Prozent der im Nationalparlament vertretenen Abgeordneten weiblich. Trotz einer Quote, wonach die Parteien 30 Prozent der Listenkandidaten mit Frauen besetzen müssen, gäbe es allerdings nach wie vor interne und externe Herausforderungen für politisch ambitionierte und engagierte weibliche Parteimitglieder.

### FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN AUNG SAN SUU KYI FORDERT MEHR POLITISCHE FÜHRUNGSPPOSITIONEN FÜR FRAUEN

Mehr Parlamentssitze und mehr politische Führungsaufgaben für Frauen – das war eine zentrale Forderung der Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus Myanmar (Burma) während einer internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, die am 4. und 5. Oktober in der Landeshauptstadt Naypyidaw stattfand. Parlamentarierinnen aus Myanmar und zahlreichen Ländern Asiens und Europas diskutierten Erfahrungen, Verfahren und Instrumente, um den Anteil von Frauen in Parlamenten und politischen Führungspositionen zu erhöhen.

### JUNGE MENSCHEN DISKUTIEREN EIN GESELLSCHAFTSMODELL



Bei der Veranstaltung der KAS in Brasilien zum diesjährigen „Tag der Demokratie“ der UN standen die jüngsten Protestbewegungen in Brasilien und anderen Ländern wie der Türkei im Mittelpunkt. Der Ruf nach mehr Partizipation wurde im Hinblick auf die jeweiligen Strukturen der Länder diskutiert und eventuelle Zusammenhänge gesucht. Zahlreiche Themen standen in diesem Kontext an zehn verschiedenen Tischen im Format „World Café“ zur Auswahl. Die Teilnehmer konnten sich unter anderem zwischen „Anarchie“, „Politische Parteien“ oder „Virtuelle Demokratie“ entscheiden.



Der Workshop-Teilnehmer Soulémane Koto Yerima aus Benin visualisiert die Diskussionsergebnisse zum Thema „Sozialkapital und Vertrauen“.



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

ERÖFFNUNGSWORKSHOP DER NEUEN VERANSTALTUNGSREIHE



## „DAS NÄCHSTE KAPITEL: DIE ZUKUNFT DER JUGEND IN WESTAFRIKA“

Zwanzig Jugendliche aus Benin, Burkina Faso, Mali, Niger und Togo kamen Anfang November 2013 auf Einladung des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika (PDWA) der Konrad-Adenauer-Stiftung in der togolesischen Hauptstadt Lomé zusammen, um eigene Antworten auf aktuelle Herausforderungen Westafrikas zu finden. Sie diskutierten die Rolle von Eliten und die Verantwortung des Einzelnen im Entwicklungs- und Demokratisierungsprozess Westafrikas.

Neben Diskussionen mit deutschen und afrikanischen Experten ermöglichte die Veranstaltung auch den informellen Austausch mit dem togolesischen Außenminister, Prof. Robert Dussey, und dem deutschen Botschafter in Togo, Joseph Weiß.

Die Teilnehmenden wurden auf Grundlage eines Fragebogens ausgewählt, mit dem das PDWA junge Menschen zwischen 16 und 40 Jahren dazu angeregt hatte, ihre eigenen Sichtweisen auf wesentliche Zukunftsfragen zu formulieren.

### TRADITIONAL GOOD GOVERNANCE

Aus den Regionen Ghanas waren Chiefs angereist, um zusammen mit Prof. John Nabila, Präsident des House of Chiefs



(erste Reihe 5.v.r.) und dem Minister für Chieftaincy, Prof. John Danaah (erste Reihe 4.v.r.), die Vorstellung des Code of Royal Ethics für Chiefs in Accra zu feiern. Erstmals ist damit ein Handbuch erschienen, welches den traditionellen Autoritäten einen Leitfaden zu einer „traditional good governance“ gibt. Der stark sehbehinderte Minister für Chieftaincy verlieh in seiner Ansprache, die er in Blindensprache ablas, dem von verschiedenen akademischen Experten zusammen mit dem House of Chiefs verfassten Dokument dann einen offiziellen Charakter.

### JUNGE FRAUEN IN DER GOLFREGION BRAUCHEN EINE BERUFLICHE PERSPEKTIVE



Studentinnen in den Golfländern machen fast 70 Prozent der Studierenden in der Region aus, aber nur wenige schaffen auch den Sprung vom Hörsaal auf die Karriereleiter. Auch in Deutschland sucht man oft vergeblich nach Frauen in Führungspositionen. Aber was sind die Gründe hierfür und wie können junge Frauen die Barrieren überwinden? Zu diesem Thema referierte Dr. Eva Fischer, Sprecherin der Geschäftsführung des IHK-Bildungshauses Schwaben, Ende September in Katar, Bahrain und Kuwait.

### EINFÜHRUNG EINES WAHL-O-MAT IN CHILE



Passend zum Jahresmotto der Stiftung „Perspektiven der Jugend“ wurde vom Länderprojekt Chile am 21. Oktober unter dem Namen „VotoInformado“ ein Wahl-O-Mat nach deutschem Vorbild entwickelt. An der Auftaktveranstaltung zur Einführung nahmen neben Vertretern aus Politik und Wissenschaft ca. 150 Jugendliche teil. In den drei Wochen vor der Wahl wurde die Seite fast 100.000 mal geklickt. Mit der Initiative leistet die KAS einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der chilenischen Demokratie.

Zur Wahrung der politischen Neutralität hat die Stiftung ein Direktorium mit dem Partner Centro Democracia y Comunidad (CDC) und der Universidad del Desarrollo (UDD), der Universidad Diego Portales (UDP) und der Universidad de Chile (UCH) gebildet. Die im Wahl-o-Mat verwendeten Statements wurden in Workshops gemeinsam mit Experten und Jugendlichen entwickelt, die sich auf eine öffentliche Ausschreibung hin beworben hatten.

Aygül Özkan (3.v.r.)  
im Gespräch mit KAS-  
Partnern aus Bosnien-  
Herzegowina, den  
Philippinen, Tansania,  
Pakistan und Indonesien.



## ■ WERTE UND RELIGION

### CHRISTLICH-MUSLIMISCHER DIALOG IN AFRIKA

Im Mittelpunkt der Konferenz der Auslandsmitarbeiter in Afrika und im Nahen Osten vom 1. bis 7. September in Arusha (Tansania) stand u. a. der Islamdialog. In vielen Projekten der Region arbeitet die KAS seit Jahren im Bereich des interreligiösen Dialogs. Zwar ist vielerorts eine Verschärfung der religiösen Konflikte zu beobachten, doch Terror-

anschläge wie der gegen das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi werden von einer extrem gewaltbereiten Minderheit begangen. Diese ruft zu Hass und Gewalt gegen vermeintlich Ungläubige auf, während sich die große Mehrheit der Muslime für einen



friedlichen Dialog mit anderen Religionen einsetzt. In Arusha diskutierten die KAS-Mitarbeiter Best-Practice-Modelle aus ihren Partnerländern, um moderate muslimische Gruppierungen und damit den interreligiösen Dialog in der Region zu stärken. U. a. wird die KAS künftig in ausgewählten Ländern islamistische Parteien und Gruppierungen genauer analysieren, um die eigene Arbeit künftig auf eine breitere Basis zu stellen. Bei einem Anschlussbesuch in der tansanischen Hauptstadt diskutierte der KAS-Vorsitzende Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP diese und andere Fragen mit Alhad Musa Salum, Sheikh der Region Dar es Salaam (siehe Foto).

#### 5. KOLLOQUIUM ZUM INTERRELIGIÖSEN DIALOG IN DAKAR

Der Konferenzgarten der KAS-Dakar bot einen grünen und inspirierenden Rahmen für das traditionelle Kolloquium zum interreligiösen Dialog, das die KAS jedes Jahr mit ihren Partnern Universität Dakar, ASECOD und israelische Botschaft veranstaltet. „Religion, Bildung und Bürger“ war diesmal das Motto, das zur Entschärfung der Bildungskrise in Senegal beitragen sollte. Insgesamt nahmen mehr als 200 Personen an den mehrtägigen Diskussionen teil und entwickelten einen Katalog von konkreten Empfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft.

### DEMOKRATIE ALS SCHLÜSSEL EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT

*Im Rahmen der Reihe „Muslime in Staat und Gesellschaft weltweit“ fand am 14. Nov. 2013 in Berlin eine Abschlussveranstaltung statt. Mit Projektpartnern der Stiftung aus Afrika, Asien und Europa wurden im Rahmen von Paneldiskussionen zwei Fragen intensiv diskutiert: „Wieviel Religion braucht der Staat?“ und „Wie gelingt die plurale Gesellschaft?“. Dabei wurde sehr deutlich, dass die „Wertschätzung von Diversität“ für jede Gesellschaft von ganz herausragender Bedeutung ist. Die Erfahrungen, die bei dieser Veranstaltungsreihe – frühere Workshops fanden in Istanbul, Singapur und Casablanca statt – Kontinent übergreifend ausgetauscht werden konnten, wurden von den Teilnehmern sehr hoch bewertet. An den Veranstaltungen dieser Reihe nahmen auch Vertreter des CDU-Bundesvorstandes mit Migrationshintergrund, wie Aygül Özkan und Younes Ouquasse, teil. Damit gelang in vorbildlicher Weise der Brückenschlag zwischen internationaler und nationaler Ebene.*



EU-Ratspräsident  
Herman van  
Rompuy mit dem  
Patriarchen der  
Ukrainisch-ortho-  
doxen Kirche –  
Kiewer Patriar-  
chat, Filaret

### VAN ROMPUY TRIFFT KIRCHEN- DELEGATION AUS DER UKRAINE

Vom 30. September bis zum 2. Oktober reiste auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung eine hochrangige Delegation des „Allukrainischen Rats für Kirchen und religiöse Gemeinden“ nach Brüssel. In Gesprächen, u. a. mit dem EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy, Europaabgeordneten verschiedener Fraktionen und Vertretern von EU-Institutionen, diskutierte die Delegation aus Kiew aktuelle Fragen der EU-Ukraine-Beziehungen, insbesondere mit Blick auf den Vilnius-Gipfel Ende November. Die Brüsseler Gesprächspartner bezeichneten die Ukraine als integralen Bestandteil Europas und würdigten die Arbeit der dortigen Religionsgemeinschaften als entscheidenden Beitrag für die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes.

## NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

## NAMEN UND GESICHTER

**Dr. Bernd Althusmann**

- Hat im Dezember die Leitung des Auslandsbüros in Namibia übernommen
- War von 2010 bis 2013 Kultusminister in Niedersachsen
- Kontakt: bernd.althusmann@kas.de

**David Gregosz**

- Leitet ab Januar das Regionalprogramm „Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika“ in Santiago de Chile
- Kennt die KAS durch seine Tätigkeit als Koordinator für Grundsatzfragen/Ordnungspolitik (PuB) und für Internationale Wirtschaftspolitik (EIZ)
- Kontakt: david.gregosz@kas.de

**Holger Haibach**

- Wird ab Januar das KAS-Auslandsbüro in Santiago de Chile leiten
- War 2002 bis 2011 Mitglied des Deutschen Bundestages, bevor er das Auslandsbüro in Namibia übernahm
- Kontakt: holger.haibach@kas.de

**Dr. Thomas Lawo**

- Wird ab Januar das neue KAS-Auslandsbüro in Myanmar aufbauen
- War zuletzt Geschäftsführer und Generalsekretär bei einem europäischen Dachverband der Entwicklungszusammenarbeit (EADI)
- Kontakt: thomas.lawo@kas.de

**Friedrich Christian Matthäus**

- Ist seit November als Trainee im Auslandsbüro in Brasilien tätig
- Ist Stipendiat der KAS-Begabtenförderung und Absolvent des KAS-Berufskollegs für Internationale Politik und Wirtschaft
- Kontakt: christian.matthaus@kas.de

**Dr. Gidon Windecker**

- Leitet seit November das KAS-Regionalprogramm Golf-Staaten von Amman aus
- War in der Vergangenheit für War Child Holland in Jerusalem tätig
- Kontakt: gidon.windecker@kas.de



perspektive  jung

### INTERNATIONALE KAS SUMMER SCHOOL FÜR POLITISCHE KOMMUNIKATION

Nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2013 lud die KAS junge Wahlkampfstrategen zur XII. Internationalen Summer School zu politischer Kommunikation nach Berlin ein. Die 16 Teilnehmer aus Asien, Europa, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten setzten sich in verschiedenen Workshops intensiv u. a. mit klassischen und neuen Wahlkampfinstrumenten wie etwa Online-Wahlkampf sowie generellen Fragen wie Agenda Setting auseinander. Im Konrad-Adenauer-Haus gewährten Experten Einblicke in den laufenden Wahlkampf. Besonders interessant für die internationalen Gäste waren hier Fragen der Wahlkampffinanzierung, Mitgliederwerbung und -aktivierung vor allem junger Menschen und Wahlkampfstrategien sowie die Initiative TeAM Deutschland. Die Teilnehmer tauschten sich nicht nur mit erfahrenen Polit-Beratern wie Peter Radunski aus, sondern profitierten zudem in hohem Maße vom gegenseitigen Erfahrungsaustausch. So wurden bereits konkrete Formen der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern diskutiert. Die Neuausrichtung der Summer School mit stärkerem Fokus auf die strategische Ebene des Wahlkampfs hat sich bewährt.

perspektive  jung

### ENGAGIERTE NACHWUCHSPOLITIKER AUS ASEAN-STAATEN IN BERLIN UND THÜRINGEN

Im Rahmen des regionalen Trainings- und Ausbildungsprogramms „Konrad Adenauer School for Young Politicians“ (KASYP) fand im September 2013 bereits zum dritten Mal in Folge ein Deutschlandseminar in Berlin und Thüringen statt.



Die Teilnehmer aus sieben ASEAN-Staaten informierten sich aus erster Hand über moderne Parteiorganisation und Parteiarbeit auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie über Fragen der Kommunalpolitik.



## AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

### AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



#### **PUBLIKATION ZUM SÜDKAVKASUS**

Die Artikelsammlung „The South Caucasus 2018: Facts, Trends, Future Scenarios“ setzt sich mit den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen in der Region sowie den außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der nächsten fünf Jahre auseinander und spricht politische Handlungsempfehlungen aus. Die Publikation kann online als PDF-Datei heruntergeladen werden:  
<http://www.kas.de/suedkavkasus/de/publications/35353/>



#### **SOCIAL MEDIA AND ELECTIONS IN ASIA PACIFIC**

Die neueste Publikation des KAS-Medienprogramms Asien, „Social Media and Elections in Asia-Pacific – The Growing Power of the Youth Vote“, befasst sich in zehn Kapiteln mit den Ergebnissen und Trends aktueller Wahlen, welche vor Kurzem in Malaysia, den Philippinen, Australien, Neuseeland, Südkorea, Singapur, Sri Lanka, Japan, Thailand, Indonesien und Taiwan vonstatten gegangen sind.



#### **DAS GESCHÄFT MIT DER ARMUT**

Welches Ziel verfolgt die argentinische Regierung mit ihren Sozialprogrammen? Diese Frage, deren Antwort doch so simpel sein könnte – die Reduzierung der Armut –, erweist sich am Rio de la Plata als durchaus komplex. Die Investigativjournalisten Alejandra Gallo und Martín Dinatale decken in ihrer neuen Publikation das System der klientelistischen Vergabe der Sozialhilfen auf. Die von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner genannten „sozialen Investitionen“ zeigen sich auch als politisches Instrument – sie sollen die Unterstützung und Kontrolle breiter Schichten der Bevölkerung sicherstellen.



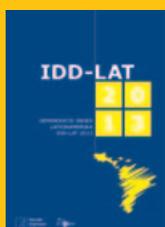
#### **MUSLIME IN STAAT UND GESELLSCHAFT WELTWEIT**

Seit vielen Jahren wird die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie weltweit kontrovers diskutiert. Dabei werden oft Rückschlüsse gezogen und Antworten gefunden, die mit den realen Gegebenheiten in muslimischen Gesellschaften wenig zu tun haben. In diesem Jahr hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das Projekt „Muslime in Staat und Gesellschaft weltweit. Soziales Engagement und politische Teilhabe“ durchgeführt. Die wesentlichen Erkenntnisse aus den Workshops sind in dieser Publikation, die auch auf Englisch vorliegt, zusammengefasst.



#### **DEUTSCHE WIRTSCHAFTSINTERESSEN UND AFRIKANISCHE ROHSTOFFE**

Der Rohstoffreichtum Afrikas macht wenige Menschen reich, viele bleiben arm. Damit sich das ändert, müssen Regierungen faire Verträge abschließen, die Verkaufserlöse gerecht verteilen und verstärkt in Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung investieren. Die Bevölkerung braucht mehr Mitspracherecht, Unternehmen müssen ihre Zahlungen transparenter machen und sich an Umwelt- und Sozialstandards halten. Dieser Band analysiert die aktuellen Probleme des Ressourcenfluchs in Afrika und nennt Handlungsoptionen für eine Rohstoffpolitik, die Deutschland und den Entwicklungsländern dient.



#### **DEMOKRATIE-INDEX LATEINAMERIKA 2013**

Der aktuelle Demokratiereport IDD-LAT 2013 wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie dem argentinischen Meinungsforschungsinstitut Polilat zum zwölften Mal erstellt. Ziel des Demokratie-Index IDD-LAT ist es, die politischen Entwicklungstendenzen Lateinamerikas zu beleuchten und den aktuellen Stand der Demokratieentwicklung in der Region mit ihren Stärken und Schwächen eingehend zu analysieren. Die KAS will damit Politikern in Führungsfunktionen ein transparentes Instrument der Schwachstellenanalyse an die Hand geben und es den Bürgern ermöglichen, sich gezielt für mehr Demokratie zu engagieren.